



# DIE REICHEN, NICHT DIE GRIECHEN

Ohne Abbau des überschüssigen privaten Großreichtums  
kein Rückgang von Schulden und Finanzkrisen

von Günther Moewes

**W**ie andere Systeme vor ihm droht auch der Kapitalismus in der Plutokratie, der Reichenherrschaft zu enden. Solange es Wachstum gab, konnten sich die Reichen dessen Zuwächse sichern, ohne die Arbeitseinkommen allzu auffällig zu schmälern. Damit ist es im Westen allmählich vorbei. Die „Überakkumulation“ der privaten Reichenvermögen kann künftig nur noch direkt auf Kosten von Arbeitseinkommen und Staatskapital erfolgen. Die steigenden Schuldendienste der Staatsverschuldung und die mutwillige Deregulierung der Finanzmärkte lenken zusätzliche Kapitalströme von den Staaten weg auf die privaten Großkonten. Ohne eine Reduzierung dieses ständig wachsenden privaten Verleih- und Spekulationskapitals lassen sich Staatsschulden und Finanzkrisen nicht bremsen. Den Willen dazu bringt die westliche Politik aber nicht mehr auf. In einem elementar-ökonomischen Blackout versucht sie, die Schuldenlawine durch immer neue Schulden zu stoppen und das als „Rettung“ zu deklarieren.

## **Können Kredite einen Finanzausgleich ersetzen?**

Es war einmal ein Land, das zuerst unter den Osmanen und später unter der deutschen Besatzung besonders gelitten hatte. Danach tobte dort wegen der Nähe des „Eisernen Vorhangs“ ein Stellvertreter-Bürgerkrieg zwischen Ost und West. Dann kam ein zynisches Obristen-Regime. Und als das Land unter Simitis endlich den ersten Anlauf nahm, um so etwas wie eine eigene Wirtschaftsstruktur aufzubauen, wurde es durch den von deutschen Separationsermunterungen losgetretenen Jugoslawienkrieg<sup>1)</sup> von Europa und vom europäischen Handel abgeschnitten. Ist es wirklich genetisch bedingte Untüchtigkeit, die dort keine Industrie entstehen ließ wie im marshallplan-verwöhnten Deutschland?<sup>2)</sup>

Eine Nation von faulen und korrupten Steuerhinterziehern, Statistikfälschern und Luxusrentnern die jahrzehntelang über ihre Verhältnisse gelebt hätten und mit 40 pensioniert würden – das ist Griechenland in den Augen der milliardärs- >



abhängigen deutschen Boulevardpresse, mit der diese die Lufthoheit über den Stammtischen zu erobern sucht. In Wirklichkeit liegt das Pensionsalter in Griechenland durchschnittlich bei 61,4 Jahren, in Deutschland bei 61,7<sup>3)</sup>. Allerdings wurden von den 16 974 Swimming-Pools im Norden Athens nur 324 steuerlich deklariert<sup>4)</sup>. Der Rest wurde erst durch Luftbildaufklärung ermittelt. Nur – sind das wirklich die Swimming-Pools „der Griechen“? Oder nicht vielleicht doch nur die „der reichen Griechen“?

Nachdem die Bundesregierung zuerst versucht hatte, die Griechenlandhilfe – ebenso wie die Steuerschätzung – bis nach der Nordrhein-Westfalen-Wahl hinauszuzögern, bürgte man schließlich für 22 Milliarden Kredite, ganz Europa für 110 Milliarden. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass sich die griechische Bevölkerung selber 30 Milliarden vom Munde abspart. So wurde der Eindruck erweckt, als habe man die Lasten einigermaßen gerecht verteilt. Helfen Kredite wirklich der griechischen Bevölkerung? Hätten bloße Kredite der Bevölkerung im ebenfalls industriearmen Mecklenburg-Vorpommern geholfen, wenn man 1991 statt der Wiedervereinigung nur eine Währungsunion zuwege gebracht hätte, und keinen Länderfinanzausgleich und keine „Aufbauhilfe Ost“? Nicht einmal hochindustrialisierte Länder bringen die Leistungskraft auf, sich aus einer derartigen Pro-Kopf-Verschuldung zu befreien. Auch Südkorea oder Malaysia hätten bei einer derartigen Verschuldung seiner-

zeit den Aufstieg in die Industrialisierung nicht aus eigener Kraft geschafft. Ein Land kann viel Kraft aufbringen, wenn es aufwärts geht, aber nur wenig, wenn es abwärts geht.

Inzwischen hat die Krise fünf ältere Hedgefonds-Manager dazu bewogen, den Euro mit geliehenem Geld auf eine „Bewährungsprobe“ (Kanzlerin) zu stellen. Und Europa versucht, mit geliehenem Geld zurückzuschlagen und spannt einen staatlichen „Rettungsschirm“ von bisher unvorstellbaren 650 Mrd Euro auf. Warum? Weshalb darf der Euro nicht fallen? Nur wegen der Kapitalanleger? Tatsächlich würden Exporte billiger, Energie, Benzin, Fernreisen, und Fernobst dagegen teurer. Was bitte wäre daran schlecht? Andere Staaten wie Großbritannien, China und die USA manipulieren ihre Währungen absichtsvoll nach unten. Auch das wird allerdings nicht verhindern, dass Schulden, „Rettungsschirme“ und „Bewährungsproben“ nun von Stufe zu Stufe größer werden.

### Sieben Binsenweisheiten

Der ganze Vorgang der Griechenland-Hilfe und der „Euro-Stabilisierung“ geht von derart abstrusen ökonomischen Vorstellungen aus, dass es Zeit wird, an einige Binsenwahrheiten zu erinnern: Geld ist im Kapitalismus schon vor Jahrhunderten zu einer Ware geworden, mit der spekuliert wird wie mit anderen Waren, und für die es eigene „Märkte“ gibt wie für andere Waren, nämlich die heute sogenannten „Finanzmärkte“. Das ist nicht selbstverständlich. Denn Geld wird ja nicht „produziert“ wie andere Waren. „Geldschöpfung“ ist im Kapitalismus nur durch Schuldenschöpfung möglich, oder, wie man vornehmer sagt: „Geldschöpfung ist Kreditschöpfung“<sup>5)</sup>. Dieser Satz ist aber nicht ohne weiteres umkehrbar. Daraus folgt die erste Binsenweiheit:

#### 1. Geldschöpfung ist im Kapitalismus keine Wertschöpfung sondern Schuldenschöpfung. Aber nicht alle Schuldenschöpfung ist Geldschöpfung.

Geldschöpfung ist keine Wertschöpfung. Werte können nur durch Arbeit geschaffen oder durch Arbeit der Natur entnommen werden, sei es durch Arbeit von Menschen oder von Maschinen. Anders als bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, werden bei der „Geldschöpfung“ weder Arbeit benötigt noch Arbeiter. Trotzdem kann man allein mit Geldbesitz „Mehrwert“ erzielen wie mit Gütern und Dienstleistungen. Dieser Mehrwert heißt „Zins“, „Schuldendienst“ oder „Kapitalrendite“. Er kann – wie aller Mehrwert – letzten Endes nur aus der Arbeitswelt kommen, aus der „Realwirtschaft“, aus realer „Wertschöpfung“. Das Problem ist jetzt, wie die beiden Vorgänge der „Wertschöpfung“ und der „Geldschöpfung“ synchronisiert werden können. Beide sind im Kapitalismus heute ganz und gar nicht mehr synchron.

So, wie es sich der französische Staatspräsident Sarkozy vorstellt, geht es jedenfalls nicht: Er will, dass die EZB alle europäischen faulen Staatsanleihen aufkauft und glaubt, so würde aus Schuldenschöpfung wieder Geldschöpfung. EZBB: Europäische Zentrale Bad-Bank. Wir sehen jetzt:

## **2. „Geldschöpfung“ und „Mehrwertschöpfung“ haben sich im Kapitalismus gegenüber der „Wertschöpfung“ längst verselbständigt und das hat auch mit der „Geldschöpfung durch Kreditschöpfung“ zu tun.**

Wie kommt das? In der Arbeitswelt gibt es heute die Maschinen. Sie erzeugen Güter und Dienstleistungen mit immer höherer „Produktivität“. Dank dieser höheren Produktivität wird immer höherer Wohlstand mit immer weniger Menschenarbeit erwirtschaftet.

Anders in der Finanzwelt. Da tritt an die Stelle des sogenannten „Arbeitgebers“ der „Geldgeber“, der „Gläubiger“. Und an die Stelle des sogenannten „Arbeitnehmers“ tritt der „Geldnehmer“ oder „Schuldner“. „Geber“ und „Nehmer“ werden hierbei im Kapitalismus – sowohl in der Arbeitswelt als auch in der Finanzwelt – absichtsvoll vertauscht. Denn – wie wir alle wissen – nimmt der sogenannte „Arbeitnehmer“ keine „Arbeit“, sondern er gibt sie<sup>6)</sup>. Und letzten Endes gibt er auch – wie wir inzwischen ebenso alle wissen – alles Geld für alle Finanzmärkte und alle sogenannten „Rettungspakete“.

Die sogenannten „Arbeitgeber“ in der Arbeitswelt dachten nun: Am besten für uns ist es, wenn wir die überflüssig oder alt gewordenen Arbeitenden nicht von den immer mehr Maschinen ernähren lassen, sondern nur von den immer weniger noch nicht überflüssig gewordenen Arbeitenden. Wir nennen das einfach „Umlageverfahren“ oder „riestern“. Dann erzeugen die immer mehr Maschinen immer mehr Mehrwert für immer neue Maschinen und alle zusammen immer mehr Mehrwert für uns. Den bezahlt dann die arbeitende Bevölkerung. Dann können wir uns zurücklehnen und unsere Unter-„nehmungen“ werden bis in alle Ewigkeit zu Selbstläufern.

Und die sogenannten „Geldgeber“ oder „Gläubiger“ in der Finanzwelt dachten: Am besten für uns ist es, wenn wir die Schulden so weit treiben, dass die sogenannten „Schuldendienste“ für uns nur durch immer neue Schulden bezahlt werden können. Dann erzeugen die immer mehr Schulden immer neue Schulden und alle zusammen immer mehr Mehrwert für uns. Den bezahlt dann die arbeitende Bevölkerung. Dann können wir uns zurücklehnen und unsere Unter-„nehmungen“ werden bis in alle Ewigkeit zu Selbstläufern.

Und so kam es bekanntlich tatsächlich. Daraus wird heutzutage gern der Schluss gezogen: „Wenn die Schuldenlawine nicht gestoppt wird, droht Finanzkrise Nummer zwei“<sup>7)</sup>. Das ist aber nicht die ganze Wahrheit. Denn es kann immer nur so viele Schulden geben, wie es Verleihkapital gibt. Nicht die Schulden erzeugen das Verleihkapital, sondern die exponentielle „Überakkumulation“ privaten Verleihkapitals ermöglicht erst die Schulden. Und dann die Finanzkrisen.

Ohne den privaten Überreichtum kein Zockerkapital, keine Finanzkrisen. Inzwischen kommen auf jeden Euro aus realer Produktion 50 Euro Spekulationskapital<sup>8)</sup>, für das laufend neue Schuldner gesucht werden müssen. Nicht nur weil dieses Zockerkapital durch die Schuldendienste ständig exponentiell vermehrt wird, sondern vor allem auch, weil diese Schuldendienste von der Wertschöpfungsseite, d.h. aus der Realwirtschaft abgezogen werden. „Hätte Griechenland weniger Schulden, wenn es die bösen Hedgefonds nicht gäbe?“ fragt die Süddeutsche Zeitung<sup>9)</sup>. Ja. Denn in den Hedgefonds steckt z.B. das Kapital der privaten Pensionsfonds. Und das ist Beitragskapital, das durch die Privatisierung der Altersversorgung den Staaten entzogen wurde und dadurch deren Schulden vermehrt hat und obendrein bedient werden muss.

## **3. Primärursache der Schulden und Finanzkrisen ist die exponentiell steigende Übervermehrung der großen privaten Geldvermögen.**

Gier oder böse Banker haben die Finanzkrisen nicht verursacht, sondern nur verschärft. Allerdings hat die neoliberale westliche Politik die Übervermehrung der Reichenvermögen noch mutwillig vergrößert, indem sie durch die Deregulierung der Finanzmärkte die letzten Schleusen für den Abfluss von Staatskapital und Arbeitseinkommen auf die privaten Großkonten geöffnet hat, und zwar

1. den Abfluss von bisher dem Staat zugeflossenen Kapital durch
  - Senkung der Spitzensteuersätze (in den USA unter Reagan von 70 auf 28%)
  - steuerliche Freistellung von Veräußerungsgewinnen durch Rot-Grün
  - Privatisierung der Altersvorsorge durch Rot-Grün (s.o.)
2. die leistungslose Abschöpfung von Einkommen und Vermögen aus Arbeit u.a. durch
  - Aufhebung des (1929 eingeführten) Trennbankensystems durch Thatcher und Clinton
  - geheimer Weiterverkauf von sogenannten „verbrieften“ Krediten
  - Auflastung der Übernahme-Kredite auf die feindlich Übernommenen u.a.m.<sup>10)</sup>

Alle diese Maßnahmen haben völlig das Gefühl dafür verkommen lassen, dass die leistungslose Aneignung des erarbeiteten Geldes Anderer weder gesellschaftsdienlich, noch christlich, sondern schlicht verwerflich ist. Und wenn Hedgefonds Anleger überreden, gegen die Produkte zu wetten, die sie selbst vertreiben, ist das letztlich betrügerisch. Ließen sich nicht auch für den privaten Überreichtum der Großvermögen weltweit genügend sinnvolle Anlagemöglichkeiten finden: Infrastruktur und Bildung in den armen Entwicklungsländern, Kampf gegen den Hunger, Rettung der Artenvielfalt, der Meere und der Regenwälder und vieles mehr? Könnte man nicht vielleicht doch durch Regulierung der Banken und Renditen die gewaltigen Kapitalströme in vernünftigeren Richtungen lenken, anstatt sie gegen Mittelmeerländer zocken zu lassen? Nein. Denn selbst politisch kaum durchsetzbare, gesetzliche Rendite-Obergrenzen würden ja den vollautomatischen Anstieg des privaten Überreichtums kaum bremsen. Um die oben genannten, sinnvollen Projekte überhaupt gegenüber den üppigen Renditen aus Umweltzerstörung, Raubbau, Überfischung, und Lebensmittelspekulation attraktiv zu machen, müssten staatliche Förderungen und Renditegarantien geleistet werden, für die letztlich wieder die Bevölkerungen geradestehen müssten.

Nein, bloße Regulierung der Banken, ohne Reduzierung und bessere Verteilung der privaten Großvermögen bringt gar nichts. Denn nur diese privaten Großvermögen und bestenfalls noch die Fonds und Sammelvermögen verursachen die Finanzkrisen, nicht die kleineren Mittelstandsvermögen. Staat und Unterschicht haben gar keine Geldvermögen mehr. Und die Mittelschichten sind längst nicht mehr Gewinner der Schuldendienste, sondern Verlierer. Denn sie zahlen über den sogenannten „Zins im Preis“, der sich in der Wertschöpfungskette akkumuliert, weit mehr Schuldendienste, als sie über ihre paar Guthaben wieder einnehmen. Und diese Verluste wandern dann auch noch als Gewinne auf den Privatkonten der 10% Reichsten. Hinzu kommt, dass viele Equity- und Hedgefonds mit Mindesteinlagen arbeiten und deshalb überhaupt nur großen Geldbesitzern zugänglich sind. So ergibt sich die nächste Binsenweisheit:

#### **4. Alle Schulden sind immer Reichenbedienung<sup>11)</sup>**

Das gilt auch dann noch immer weitgehend, wenn man konzipiert, dass der Bund sich sein Geld zum Teil auch bei ausländischen Staatsfonds ausleiht, z.B. aus China. Auch von denen profitieren ja kaum die Armen.

Da zumindest die westlichen Staaten keine nennenswerten Geldvermögen mehr haben, sondern nur noch Schulden, wachsen die immer größeren Staatsschulden bis in alle Ewigkeit spiegelbildlich zu den immer größeren privaten Vermögensbergen. Der private Überreichtum erzeugt die

staatliche Überverschuldung. Das wird bisweilen mit dem Argument bestritten, die Geldvermögen würden ja durch teilweise Umwandlung in Sachwerte dezimiert, ohne dass der Schuldenstand davon berührt würde. Tatsächlich vermindern aber Sachkäufe oder Kursverluste nicht den Gesamtbestand an Geldvermögen. Das Geld wandert dann bloß zu Anderen. Auch nationale Unsymmetrien zwischen dem gesamten Geldvermögen und gesamten Schulden widerlegen nicht die grundsätzliche globale Symmetrie. China Staatsfonds entspricht größtenteils den Schulden der USA

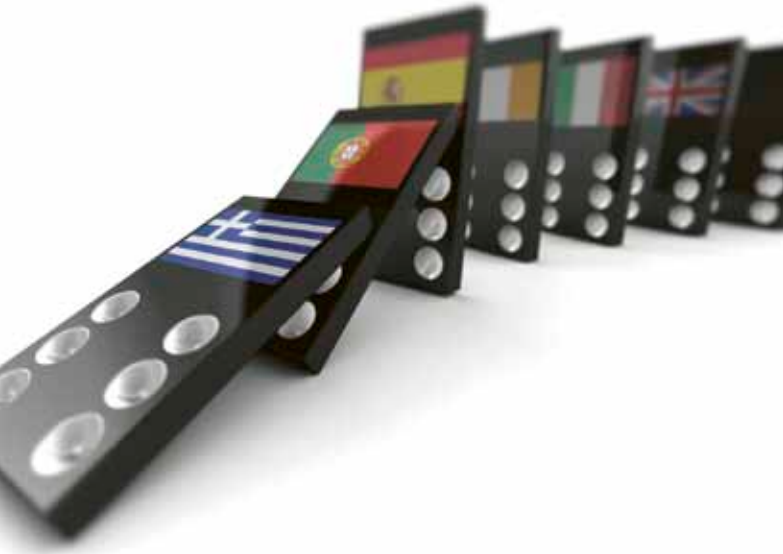
Dieser dramatische Überreichtum an privaten Geldvermögensbergen erzeugt in allen exponentiell angelegte Wirtschaftssystemen zwangsläufig immer größere Verteilungskrisen, insbesondere in Spätzeiten. Das wird durch unsinnige Privatisierung noch dramatisch beschleunigt. Von einem bestimmten Stand der Staatsschulden an, beschleunigt alle Privatisierung die Abwärtsspirale. Z.B. die bereits beschriebene Privatisierung der Altersvorsorge. Aber auch die von links geforderten staatlichen Konjunkturpakete verschärfen diese soziale Unsymmetrie. Auch sie erhöhen Staatsschulden und dann über deren Schuldendienste die privaten Vermögensberge. Das ist keine Widerlegung von Keynes, denn sein „Deficit Spending“ sollte ja rücklagenfinanziert sein und nicht schuldenfinanziert. Es sollte nicht nach Eintreten von Staatsverschuldung geleistet werden, sondern vorher.

Staatsschulden helfen also von einer bestimmten Größenordnung an nur noch den Reichen, nicht den Bevölkerungen, auch nicht den Griechen. Im Gegenteil: Sie werden letzten Endes immer von den Bevölkerungen bezahlt, auch und vor allem dann, wenn sie nie wieder getilgt werden und in Staatsbankrotten, Inflationen oder Währungsreformen<sup>12)</sup> enden.

Grundsätzlich müssten Schulden also abgebaut werden, weil sie sonst die soziale Unsymmetrie unumkehrbar in eine immer gefährlichere Dramatik treiben, die nur den Gläubigern nutzt. Hatte die große Koalition also mit ihrer Einführung einer gesetzlichen Schuldenbremse Recht und hatten die dagegen protestierenden Ökonomen Unrecht? Jetzt kommt die nächste ökonomische Binsenweisheit ins Spiel, die Regierungen prinzipiell nicht begreifen:

#### **5. Staatsschulden lassen sich grundsätzlich nicht durch „Sparen“ tilgen.**

Das unterscheidet sie von Privat- oder Unternehmensschulden. Und das kommt wieder daher, dass Schulden nicht abgebaut werden, ehe nicht das gegenüberstehende, auslösende Anlagekapital abgebaut wird. Solange die Geldvermögensberge weltweit insgesamt gleich bleiben oder stei-



gen, bleiben auch die gesamten Schuldenberge weltweit insgesamt gleich oder steigen, weil – wie bereits dargestellt – Kapital nicht irgendwo herumliegt, sondern stets wieder ausgeliehen wird. Wenn aber die Summe der Schulden insgesamt gleich bleibt, bedeutet Abbau von Staatsschulden immer nur eins: internes Umwälzen auf Unternehmen, private Haushalte oder Ausland. Oder im Fall Griechenlands: auf Europa und IWF. Staatsschulden können also immer nur durch Verringerung der gegenüberstehenden privaten Großvermögen reduziert werden, durch die sie in erster Linie ausgelöst wurden. Dass sie durch bloßes Sparen verringert werden können, ist einer der grandiosesten Irrtümer der heutigen polit-ökonomischen Rechtfertigungsindustrie. Wird ja auch dauernd empirisch widerlegt.

#### **6. Auch die Staatsverschuldung ist ein Verteilungsproblem. Ohne Abbau der Reichenvermögen lässt sich die Zunahme von Staatsschulden, Finanzkrisen und Armut prinzipiell niemals wieder aufhalten.**

Die Schulden können prinzipiell nur noch durch Zahlungen aus den ihnen symmetrisch gegenüberstehenden Großvermögen jemals wieder getilgt werden. Alles andere ist pure Augenwischerei. Nur in dem Maße, in dem diese Großvermögen und vor allem ihre Vermehrung stärker besteuert oder reduziert würden, lassen sich Staatsschulden noch abbauen und nicht bloß abwälzen. Alle Versuche, sie von der Arbeitsseite tilgen zu lassen, führen nur in das sogenannte „Abwürgen der Konjunktur“, in Brüning'sches „Kaputtsparen“ und damit in weitere Schulden und Reichenbedienung. Das ist keine Gerechtigkeitsduselei, sondern ein elementarökonomischer Funktionszusammenhang. Solange der Druck des Anlagekapitals nicht aus dem Kessel genommen wird, sondern beharrlich exponentiell weiter steigt, sind alle „Rettungsschirme“ und alle angedrohten „Bankenregulierungen“ nichts als wirkungslose Betriebsamkeit, nichts

als eine für Steuerzahler und Wähler inszenierte Aufführung einer langfristig illusionären Rettungsoper.

Die derzeitigen Vorschläge zur Regulierung der Banken und Hedge-Fonds<sup>13)</sup> laborieren größtenteils nur an den Symptomen und Instrumenten herum, nicht an der einzig wirklichen Ursache, der Überentwicklung der privaten Zockervermögen. Das Zocken soll nicht abgeschafft, sondern nur ritualisiert werden. Der unsymmetrische Krieg zwischen privatem Überreichtum und öffentlicher Überverschuldung würde durch solche halbherzigen „Regulierungen“ bestenfalls geringfügig gebremst. Seit Jahrzehnten steigt der einseitige Überreichtum um jährlich nominal 7,47%. Die diskutierte Steuer von 2% bloß auf die Kapitalgewinne würde diesen jährlichen Anstieg auf höchstens 7,32% bremsen. Und das auch nur dann, wenn alle Gewinne reine Kapitalgewinne wären.

Die tatsächliche Ursache der Krisen, das Verteilungsproblem, wird nicht begriffen. Neulich las ich in einem internet-Blog: „Ich halte nichts davon, immerzu nur den Reichen zu nehmen und es den Armen zu geben.“ Da begreift man plötzlich, wieso „Umverteilung“ mittlerweile zu einem Schimpfwort geworden ist. Nach dieser Vorstellung nehmen die Arbeit„nehmer“ „immerzu“ etwas von den Reichen und die wiederum „geben“ immerzu etwas. Nein, liebe Leute: Das Sozialprodukt ist zu jedem Zeitpunkt eine endliche Größe. Der Kuchen kann immer nur einmal verteilt werden. Die Abschöpfung von unten nach oben produziert keine zusätzliche Wertschöpfung. „Die Milliardäre erzeugen die Armut – die oben kassieren, die unten bezahlen“<sup>14)</sup>. Diese Feststellung aus dem Jahr 2007 bewahrheitet sich gerade heute. Den Reichen kann immer nur gegeben werden, was den Wertschöpfenden genommen wird. Diese Abschöpfung von der Wertschöpfung ist die eigentliche, die primäre „Umverteilung“. Nicht die Griechen und „nicht wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, sondern die Reichen haben über unsere Verhältnisse gelebt.“<sup>15)</sup> Daraus folgt die nächste Binsenweisheit:

#### **7. Den Armen kann immer nur gegeben werden, was den Reichen genommen wird.**

Woanders kann es nicht herkommen. Und das wäre keine „Umverteilung“, sondern eine bescheidene Teilrückverteilung, ein Stück Wiedergutmachung. Man kann es auch noch deutlicher sagen: Beim heutigen nationalen und weltweiten Ausmaß der Armut, wird praktisch alles Geld den Armen weggenommen, was nicht für sie ausgegeben wird. Das gilt für Rüstung, Werbung, Medienverdummung und kommunale Event-Spektakel ebenso, wie für die Exzesse der Superreichen. Die Armut der Armen macht die Reichen reich und der Reichtum der Reichen macht die Armen arm. >



## Ökonomischer Blackout oder Klientelpolitik für Superreiche?

Der dramatische Anstieg der Ungleichverteilung wird inzwischen von niemandem mehr geleugnet. Die Beschreibung seiner Ursachen ist deshalb keine billige, linke Hetze gegen die Reichen. Umgekehrt kann aber beharrliches Leugnen der Umverteilungsmechanik nur noch als freiwilliger Kotau vor dem privaten Überreichtum verstanden werden. Die Frontlinie ist noch nie zwischen Nationen verlaufen, sondern immer nur horizontal zwischen Abschöpfern und den arbeitenden Bevölkerungen, zwischen privatem Überreichtum und dessen unfreiwilliger Bedienung, zwischen Schuldendienstgewinnern und Schuldendienstverlierern. Die Dimension der bisher erreichten Ungleichverteilung und der sie verschärfenden „Rettungs“-Operationen wird überhaupt noch nicht begriffen. Man wirft den kilometergroßen privaten Einzelvermögen immerzu noch weitere Milliarden hinterher, die alle letzten Endes irgendwann aus den millimetergroßen Durchschnittsvermögen der Bevölkerungen aufgebracht werden müssen (siehe Tabelle). Man wirft den Milliardenvermögen der 4% Täter noch zusätzliche Milliarden aus den sauer verdienten Euros der 90% Opfer hinterher. Irgendwann werden die privaten Großvermögen eine Größenordnung erreichen, der alle Notenbanken der Welt zusammen nichts mehr entgegensetzen haben.

Und es wird auch deutlich, welche Maßnahmen richtig gewesen wären: Eins der wenigen realen Rückverteilungsinstrumente, die tatsächlich die Schulden über die Redu-

zierung der verursachenden Kapitalvermögen verringert, wäre das Insolvenzverfahren<sup>16)</sup>, die moderne Form des biblischen „Erlaßjahres“. Man scheut es aber, weil man angeblich fürchtet, das Wohlwollen der Investoren für alle Zukunft zu verlieren. Aber weder Unternehmensinsolvenzen noch Privatsolvenzen haben bisher Investoren ein für allemal abgeschreckt. Irgendwo müssen sie mit ihrem Kapital ja hin.

Eine andere Möglichkeit, die Staatsschulden zu verringern, ist nach landläufiger Meinung die Erhöhung der Staatseinkommen, also der Steuern. Aber Vorsicht: Steuern auf untere und mittlere Einkommen und Vermögen verringern das Schulden-erzeugende Verleihkapital nicht nennenswert. Abbau von Staatsschulden bedeutet dann wieder nur: Abwälzen auf private Haushalte. Nur Steuern auf die Einkommen und vor allem Vermögen der reichsten 10% würden das Verleihkapital tatsächlich verringern und damit unter dem Strich auch die gesamten Schulden. Nicht die Wertschöpfung muss besteuert werden, sondern die Abschöpfung, alle leistungslose Erzielung von Mehrwert. Neben fühlbaren Steuern auf große Vermögen und leistungslos erwirtschaftete Einkommen wären Finanztransaktionssteuern, Nullzinsen, Negativzinsen und negative Einkommenssteuern kleine Schritte in die richtige Richtung.

Wie kommt es, dass das von Schulökonomern und Regierenden nicht erkannt wird? Eine Reihe von dreisten Maßnahmen und Vorhaben, wie die „Agenda 2010“, die „Kopfpauschale“, die „Prekisierung der Arbeit“ durch Leiharbeit und Abbau von Vollzeitstellen sind längst unverblühte Klientelpolitik für die Milliardäre. Eigentlich ist es ein Kompliment für ein Land, wenn die Bevölkerung intelligenter ist als ihre Politiker. Inzwischen gilt das aber für zu viele Themen: Afghanistan, Rente mit 67, Arbeitszeitverkürzung, Bankenregulierung, Spekulanten, Zinsakkumulation, Staatsschulden und vor allem die Ungleichverteilung und deren Ursachen – überall wird gegen das Volk regiert. Und warum werden sie dann trotzdem wiedergewählt? Weil insbesondere die Mittelschicht noch nicht begriffen hat, dass sie – genau wie die Unterschicht – zu den Verlierern gehört, die zugunsten der Superreichen angenommen werden. Sie macht sich vor, auf der Siegerseite zu sein, besonders am Wahlabend. Die Reichenlobby darf dagegen mittlerweile sogar bei Gesetzesformulierungen mitwirken. Der Darmstädter Soziologe Michael Hartmann führt das darauf zurück, dass seit etwa 1980 die Minister überwiegend der „Upper Class“ entstammen<sup>9)</sup>. Der Ministersohn Roland Koch will uns Dummsparen, damit wir williger Schuldendienste leisten. Und ein adeliger Verteidigungsminister redet bei Afghanistan schon wieder von der „Domino-Theorie“ wie seinerzeit bei Vietnam. Dabei weiß inzwischen jeder, dass es in Vietnam, ebenso wie im ehe-

maligen Jugoslawien, auch ohne Krieg heute die gleichen vordemokratischen Staatsformen gäbe. Kein US-Präsident müsste Entschuldigungsreisen machen und Abertausende von Menschen würden noch leben, hätte man damals auf

die gehört, die man als „Spinner“ oder „Extremisten“ abgetan hatte. Das ist heute nicht anders. Die wirklichen „Extremisten“ sitzen immer ganz oben. Macht macht grundsätzlich blinder als Machtlosigkeit.

Finale Zahlen	Euro (Dollar)	Dimension 100 000 Euro = 1 cm
1. Durchschnittsvermögen d. über 17-jährigen Deutschen <sup>1)</sup>	88 000	8,8 mm
2. Zusätzl. Kosten f. flächen-deck. Kitas (bundesweit) <sup>2)</sup>	3,6 Mrd	0,36 km
3. Bundesetat f. Bildung u. Forschung 2010	11 Mrd	1,1 km
4. Einsparvol. Bundeshaushalt wg. Schuldenbremse 2011	11,2 Mrd	1,1 km
5. Größtes dtsh. Vermögen (Karl Albrecht) (2009) <sup>3)</sup>	23 Mrd	2,3 km
6. Schuldendienst Bundeshaushalt (2009)	40 Mrd	4,0 km
7. Staatsschulden Griechenlands (2010)	120 Mrd	12,0 km
8. Steuereinnahmen Bund (2010, voraussichtl.)	214 Mrd	21,4 km
9. BIP Griechenlands (2009)	237 Mrd	23,7 km
10. „Rettungsschirm“, Bürgschaften der Euro-Staaten	750 Mrd	75,0 km
11. Staatsschulden Deutschlands (2009)	1,7 Bill	170 km
12. BIP Deutschlands (2009)	2,4 Bill	240 km
13. Privat. Gesamtvermög. d. 67 Mio dtsh. ü. 17-Jährigen <sup>1)</sup>	5,9 Bill	590 km
14. Volumen an Staatsanleihen weltweit <sup>4)</sup> (2010)	40,0 Bill	4000 km
15. Von institutionellen Investoren verwalt. Geldvermög. <sup>5)</sup>	55,0 Bill	5500 km

<sup>1)</sup>2007 einschl. Betriebs- u. Immobilienvermögen. Quelle: DIW-Wochenbericht 4/2009

<sup>2)</sup>Berechnung d. Instit. d. Deutsch Wirtschaft, Köln 2006

<sup>3)</sup>Quelle: Forbes

<sup>4)</sup>Angaben in Dollar. Quelle: DIE ZEIT, 12.5.10, S. 14.

<sup>5)</sup>Weltweit 2005. Angaben in Dollar. Quelle: Bundeszentrale f. Polit. Bildung: Schriftenreihe z. Globalisierung. Institutionelle Investoren = Versicherungen, Fonds, sowie Private Equity- und Hedge-Fonds, die vorwiegend nur sehr vermögenden Geldbesitzern offenstehen.

1 Mill. Euro = 10 cm

10 Mill. Euro = 1 m

1 Mrd. Euro = 100 m

10 Mrd. Euro = 1 km

1 Bill. Euro = 100 km

### Zum Autor

Günther Moewes



Prof. Günther Moewes vertrat bis 2000 an der FH Dortmund das Forschungsgebiet „Industrialisierung des Bauens“. Ursachen ihrer Fehlentwicklung sieht er vor allem in der exponentiellen Überentwicklung der privaten Großvermögen und den daraus resultierenden öffentlichen Schulden und Finanzkrisen, die er seit 1997 voraussagte. Bücher: „Weder Hütten noch Paläste“ (1995) und „Geld oder Leben“ (2004).

[www.guenthermoewes.de](http://www.guenthermoewes.de)

### ANMERKUNGEN

1.) Die außerdeutschen europäischen Regierungen und Medien waren damals entsetzt über die deutschen Separationsermunterungen, insbesondere Großbritannien und Frankreich.

2.) BIP pro Kopf: Deutschland 29 268 Euro, Griechenland 16 130 Euro (Stand 2008)

3.) <http://print-wuergt.de/2010/05/02/die-rentenluege-folge-192/>

4.) Jens Bastian: „Jetzt gibt's die Quittung“, Süddeutsche Zeitung, 7.5.10  
5.) „Geld hat Schuldscheincharakter“, sagte bereits der Ökonom Wolfgang Stützel, der bis 1968 dem Sachverständigenrat angehörte.

6.) Einzig der „Unternehmer“ heißt korrekt „Nehmer“, weil er Arbeit und Mehrwert von unten nimmt. Arbeiter- und Unternehmer sind die einzigen, die wirklich „Wertschöpfung“ betreiben. Aber auch nicht alle Unternehmer, sondern nur solche, die wirklich reale Güter und Dienstleistungen produzieren.

7.) Nikolaus Piper in: „Schuldenhaus Europa“, Süddeutsche Zeitung v. 19.05.10.

8.) Wirtschaftsminister Brüderle bei Anne Will, ARD, 1. Programm, 30.05.10: „1000 Euro in der realen Produktion erzeugen 50 000 Euro Spekulation.“ Die gleichen 2% nennt Gustav A. Horn, Leiter d. IMK (Inst. f. Makroökon. u. Konjunkturforschung), Düsseldorf.

9.) Catherine Hoffmann in: Süddeutsche Zeitung v. 20.5.10, S. 17.

10) Siehe hierzu den faktenreichen Rundfunk-Vortrag des Darmstädter Soziologen Prof. Michael Hartmann am 24.5.10 im SWR2. Danach konnten auch die 400 reichsten Deutschen ihren Spitzensteuersatz real von 41 auf 34% senken.

11) Veröff. Nr. 90, 91, 92 (alle 2005) u. 129 (2010) unter [www.guenthermoewes.de](http://www.guenthermoewes.de)

12) Mitte Mai geisterten Meldungen durchs internet, die deutsche Bundesregierung wolle über Pfingsten die DM wieder einführen, die Bundesdruckerei arbeite auf Hochtouren und die gesamte Polizei habe über Pfingsten Urlaubssperre.

13) Diskutiert werden u.a.: Kapitaltransaktionssteuer (Vorgeschlagen von attac. Finanzumsatzsteuer v. 0,1%. Belastet alltägl. Überweisungsvorgänge, Versicherungen u. „Riestern“ kaum, sondern nur große, häufig wiederholte Vorgänge. Jährl. Aufkommen i. Europa 70 Mrd, in Deutschland 12 Mrd), Kapitalaktivitätssteuer (Gewinnsteuer, jährl. Aufkommen in Deutschland 1 Mrd), Entflechtung und Größenbegrenzung der Banken, höhere Eigenkapitalunterlegung (10%), Verbot des Eigenhandels, Verbot von kurzfristigen Krediten und „Reprokrediten“ für Investmentbanken und Hedge-Fonds, Verbot von ungedeckten Leerverkäufen, Abwicklungsregeln im Insolvenzfall, Registrierungspflicht für größere Hedge-Fonds u.a.m.

14) Veröff. Nr. 125, 126, 129 (alle 2010) unter [www.guenthermoewes.de](http://www.guenthermoewes.de)  
15) Verf. in: „Geld oder Leben“, Wien, München 2004, S. 65. Das Buch enthält bereits alle hier aufgestellten Thesen, vor allem das Ende in Plutokratie und Staatsüberschuldung.

16) Andreas Bangemann: „Staatliche „Insolvenzverfahren für Banken“. In: Humane Wirtschaft 2/09, S.16. Inzwischen liebäugelt ja sogar die Kanzlerin mit diesem Gedanken. Zu befürchten ist allerdings auch hier, dass es beim Liebäugeln bleibt.